

**Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Generalsekretariat

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

joel.blunier@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Justiz  
Bundesrain 20  
3003 Bern

27. Oktober 2005

**Bundesbeschluss über die Genehmigung und Umsetzung von Übereinkommen zur Haftung auf dem Gebiet der Kernenergie**

**Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

---

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen, dass Sie uns Gelegenheit gegeben haben, uns zum eingangs erwähnten Gesetzesentwurf zu äussern. Nach Kenntnisnahme der Vorschläge möchten wir Ihnen mitteilen, dass wir die in diesem Entwurf vorgebrachten Vorschläge materiell für durchaus diskussionswürdig halten. Wie sind indessen der Überzeugung, dass die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen zur Zeit nicht weiter verfolgt werden sollten und deshalb von der Unterbreitung einer entsprechenden Vorlage an die Bundesversammlung mindestens im gegenwärtigen Zeitpunkt abzusehen ist.

Zur Begründung erlauben wir, Folgendes anzuführen:

1. Dem EJPD liegt seit rund fünf Jahren ein Vorentwurf für eine Schweizerische Strafprozessordnung vor. Dieser wurde im Jahre 2001 in die Vernehmlassung gegeben. Wie zu hören war, hat das Vernehmlassungsverfahren eine überwiegende Zustimmung zu den meisten Punkten dieses Vorentwurfs gebracht. Trotzdem wurde bis heute dem Parlament – obwohl schon lange versprochen – kein entsprechender Entwurf unterbreitet. Wenn in Ziff. 3.1. der Erläuternden Berichts vom 16. Juni 2005 auf die Botschaft zur Schweizerischen Strafprozessordnung verwiesen wird, ist dies irreführend, da eine solche bis heute nicht vorliegt. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass die Praxis schon lange auf eine vereinheitlichte Strafprozessgesetzgebung wartet und verschiedene Kantone ob dieses Zögern des Bundes ihre Strafprozessgesetze in Anlehnung an den Vorentwurf revidierten, um den dadurch erwarteten Reformschub nicht noch länger zu verzögern (dazu nachfolgend Ziff. 2.4.). Nach den bisherigen Vorarbeiten ist davon auszugehen, dass die Schweizerische Strafprozessordnung auch auf die eidgenössischen Strafinstanzen und insbesondere die

Bundesanwaltschaft anwendbar sein wird. Weiter ist zu erwarten, dass diese vereinheitlichte Strafprozessgesetzgebung die Rolle der Staatsanwaltschaft (und damit auch der Bundesanwaltschaft) näher regeln und dabei Fragen wie die Unabhängigkeit, die Aufsicht und damit die Weisungsmöglichkeiten an die Staatsanwaltschaften usw. beantworten wird. Unseres Erachtens ist es deshalb verfehlt, im gegenwärtigen Zeitpunkt die Bundesstrafprozessordnung zu ändern: Zunächst ist der Erlass der Schweizerischen Strafprozessordnung abzuwarten (und von den verantwortlichen Bundesbehörden auch zu forcieren!). Erst wenn diese Strafprozessordnung vorliegt, ist es sinnvoll, über entsprechende besondere Regeln für die Bundesanwaltschaft zu diskutieren; dies nicht zuletzt deshalb, weil mit Sicherheit zu erwarten ist, dass die Bundesstrafprozessordnung in ihrer bisherigen Form überflüssig und durch so etwas wie ein Einführungsgesetz zu ersetzen ist.

2. In Ziff. 3.1. des Erläuternden Berichts wird die Notwendigkeit eines raschen Vorgehens bei der Umsetzung des entsprechenden Auftrags des Bundesrats befürwortet. Es sei nicht möglich, die Schweizerische Strafprozessordnung und das erwähnte Einführungsgesetz abzuwarten. Den dazu ins Feld geführten Begründungen ist Folgendes entgegenzuhalten:

2.1. So wird angeführt, die Botschaft zur vereinheitlichten Schweizerischen Strafprozessordnung betreffe „nur das materielle Prozessrecht und nicht die Organisation der Strafverfolgungsbehörden“. Ob dies zutrifft, kann – da diese Botschaft wie vorstehend in Ziff. 1 erwähnt noch immer auf sich warten lässt – nicht schlüssig beantwortet werden. Sollte der Parlamentsentwurf jedoch in den grossen Linien erwartungsgemäss dem Vorentwurf aus dem Jahr 2001 folgen, kann jedenfalls keine Rede davon sein, dass nur das „materielle Prozessrecht“ betroffen ist. Der Vorentwurf sah, bedingt durch den vorgeschlagenen Wechsel zum Staatsanwaltschaftsmodell, in Art. 13 ff. diverse Vorschriften über die Strafbehörden und in Art. 18-20 insbesondere über die Staatsanwaltschaft vor. Mit Blick auf die Vernehmlassungsvorlage ist namentlich von Bedeutung, dass in Art. 20 des Vorentwurfs eine Regelung der Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft vorgeschlagen wurde, ein zentrales Thema der Vorlage vom 16. Juni 2005. Dass mindestens der Vorentwurf durchaus gewisse Eingriffe in die Behördenorganisation bewirkt, hat speziell in der Romandie zu erheblichen Klagen gegen die dadurch zu erwartenden Eingriffe in die Behördenautonomie geführt. Der Widerstand gegen den Vorentwurf ist deshalb dort gerade aus diesem Grunde weit herum ungebrochen [1]. Der Ausgang der Diskussionen um die Modellwahl ist daher nach wie vor offen, und umso unverständlicher ist es, wenn vorausseilend nun die Nebenfrage der Aufsicht über die Bundesanwaltschaft gesetzlich gelöst werden soll.

2.2. Die EVP der Schweiz bezweifelt, dass die Situation rund um die Bundesanwaltschaft derart ist, dass die paar Jahre bis zum Inkrafttreten der Schweizerischen Strafprozessordnung nicht abgewartet werden können. Jedenfalls sträubt sie sich entschieden dagegen, dass im Bereich der Bundesjustiz quasi zur Fast-Food-Gesetzgebung übergegangen wird: Die jetzt geltenden Vorschriften über die Aufsicht durch das Bundesstrafgericht sind wenig mehr als ein Jahr in Kraft. Würde jetzt erneut legiferiert, müsste in drei bis vier Jahren ein drittes Mal die Gesetzgebungsmaschinerie in Bewegung gesetzt werden.

2.3. Das mit diesem Entwurf geplante Vorgehen erscheint auch deshalb als problematisch und nicht ausgereift, weil die Stellung und die Aufsicht über der eidgenössischen Untersuchungsrichterinnen und Untersuchungsrichter nicht tangiert wird (Ziff. 5.1. des Erläuternden Berichts). Es ist ein offenes Geheimnis, dass ein Teil der Probleme und Vorwürfe, die in jüngerer Vergangenheit im Zusammenhang mit den eidgenössischen Strafverfolgungsbehörden in der Öffentlichkeit vorgebracht wurden, nicht die Bundesanwaltschaft, sondern die Tätigkeit

dieser Untersuchungsrichterinnen und Untersuchungsrichter betreffen. Diese sollen gemäss vorliegendem Konzept nach wie vor vom Bundesstrafgericht beaufsichtigt werden, mit der Konsequenz, dass wir wiederum eine Spaltung der Aufsicht über die Bundesstrafverfolgungsorgane hätten (Bundesanwaltschaft durch das EJPD, Untersuchungsrichter durch das Bundesstrafgericht), eine Spaltung, deren Beseitigung ja das zentrale Anliegen dieser Vorlage darstellt. Die Problematik mit dem Satz abzutun, es handle sich bei den Untersuchungsrichterinnen und Untersuchungsrichtern „um eine eigentliche richterliche Behörde“ (was in dieser Form falsch ist [2]), greift zu kurz, wird doch damit die wesentliche Interdependenz von Bundesanwaltschaft und eidgenössischen Untersuchungsrichterinnen und Untersuchungsrichtern völlig vernachlässigt wird.

**2.4.** Im Titel zu 5.1. des Begründenden Berichts wird vom nicht berücksichtigten Reformanliegen des vorzeitigen Wechsels zum Staatsanwaltschaftsmodell gesprochen. Die Frage eines solchen vorgezogenen Wechsels wird aber in diesem Kapitel eigentlich gar nicht angesprochen. Gerade aus Kreisen der Bundesstrafjustiz sind aber schon Stimmen laut geworden, die einen solchen möglichst baldigen Übergang zum Staatsanwaltschaftsmodell postulieren, angesichts der alles andere als effizienten Dualität von Bundesanwalt und Untersuchungsrichter ein mehr als verständliches Postulat. Hier liegt Reform- und Verbesserungspotential, nicht beim eher peinlichen Gezänke um die Kompetenzen, die Aufsicht usw. In diesem Zusammenhang verdient Beachtung, dass sich seit Publikation des Vorentwurfs von 2001 weitere Kantone den Wechsel vom Untersuchungsrichter- zum Staatsanwaltssystem vollzogen haben oder noch daran sind (Zürich, Solothurn und Zug). Teilweise war dabei gerade die gespaltene Aufsicht über die Strafverfolgung (Untersuchungsrichter unterstehen einem Gericht, der Staatsanwalt der Justizdirektion oder der Regierung) ein Hauptargument für die Aufgabe des Untersuchungsrichtersystems!

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, den Ausdruck unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Mit freundlichen Grüssen

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Dr. Ruedi Aeschbacher

Nationalrat



Joel Blunier

[1] Symptomatisch etwa die Sammelschrift: *Unification de la procédure pénale, fédéralisme et organisation judiciaire*, Institut du Fédéralisme Fribourg/Suisse, Etudes et colloques volume 23, Helbing & Lichtenhahn, Bâle/Genève/Munich 2003, mit Beiträgen namhafter Autoren wie P.H. Bolle, B. Bertossa und J.-F. Leuba.

[2] Über die Behauptung, die Untersuchungsrichter seien wirkliche Richter, hat sich schon vor über 60 Jahren kein geringerer als Ernst Hafer, *Wir Juristen*, Zürich 1944, S. 60 mokiert: „Ganz zu Unrecht führen die sogenannten Untersuchungsrichter im Strafprozess den Richtertitel. Dazu fehlt ihnen alles: Sie schliessen keine Prozesse ab,.....“.